

ieep

Oktober 2024

EU WAHLMONITOR

Parlamentswahl

Österreich

Johanna Edthofer



Die Nationalratswahl vom 29. September 2024 hat die politische Landschaft Österreichs stark verändert. Die rechtspopulistische Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) landete zum ersten Mal seit 1945 bei einer bundesweiten Wahl auf dem ersten Platz. Es gibt nun zwei realistische Szenarien: Eine heterogene Dreierkoalition oder eine Regierung, die die FPÖ einschließt. Auf EU-Ebene könnte eine österreichische Bundesregierung unter einem FPÖ-Bundeskanzler die Vetomöglichkeiten im Europäischen Rat und im Rat der EU künftig ausnutzen.

Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ist die große Koalition aus der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) die am längsten regierende Koalitionsform auf Bundesebene – die FPÖ war aber immer wieder in Regierungsverantwortung. Für internationales Aufsehen sorgte insbesondere die Koalition aus ÖVP und FPÖ zwischen 2000 und 2003, gegen die die damals 14 weiteren EU-Mitgliedstaaten wegen der FPÖ-Regierungsbeteiligung „[bilaterale Maßnahmen](#)“ beschlossen. Nach einer weiteren ÖVP-FPÖ-Koalition zwischen 2017 und 2019, regieren seit 2020 erstmals die Grünen als Juniorpartner mit der ÖVP, die seit 1987 durchgehend die Geschicke des Landes steuert.

Die Ausgangslage für die Nationalratswahl im September 2024

Gleich zu Beginn der Legislaturperiode kam es zu einer [Regierungskrise](#), die zu mehreren Rücktritten von Minister:innen führte. Im Oktober 2021 trat auch Bundeskanzler

Sebastian Kurz (ÖVP) wegen des Verdachts auf Korruption zurück. Ihm folgten weitere ÖVP-Minister:innen, die als Vertraute des Ex-Kanzlers galten. Sein Nachfolger, Karl Nehammer (ÖVP), führte ab diesem Zeitpunkt die Schwarz-Grüne Koalitionsregierung gemeinsam mit Vizekanzler Werner Kogler (Die Grünen) an.

Die Nationalratswahl 2024 stand im Zeichen genereller Unzufriedenheit. In [Meinungsumfragen](#) sahen fast sechs von zehn Befragten eine negative Entwicklung des Landes. Der Wahlkampf gestaltete sich als Dreikampf zwischen FPÖ unter Herbert Kickl, ÖVP unter Karl Nehammer und SPÖ unter Andreas Babler um das Kanzleramt.

FPÖ aber auch ÖVP setzten im Wahlkampf stark auf die Themen Sicherheit, Zuwanderung und Asyl. Die FPÖ forderte in diesem Zusammenhang beispielsweise, dass Österreich Zuwanderung künftig im Wesentlichen ohne Rücksicht auf internationale oder europäische Verpflichtungen steuern sollte. Die ÖVP positionierte sich als Partei der Stabilität und der Mitte und sprach sich u.a. für Abschiebe- und Verfahrenszentren im Ausland sowie volle Sozialleistungen für Asylwerber:innen erst nach fünf Jahren legalem Aufenthalt aus. Die SPÖ hingegen rückte den Kampf gegen die Teuerung in den Mittelpunkt und forderte u.a. die Einführung einer Millionärssteuer sowie die Einführung einer Kindergrundsicherung. Spätestens seit Jänner 2023 lag die FPÖ in den [Wahlumfragen](#) konstant auf Platz eins, während ÖVP und SPÖ sich einen Wettlauf um Platz zwei lieferten.

Unter den kleineren Parteien konzentrieren sich die Grünen auf das Thema Klima- und Naturschutz, was angesichts der Überschwemmungen kurz vor der Wahl mehr

Aufmerksamkeit erfuhr, und sprachen sich u.a. für mehr Bodenentsiegelung durch die Gemeinden und Unabhängigkeit von Öl- und Gasimporten aus. Die liberalen NEOS unter Beate Meisl-Reisinger forderten Verwaltungsreformen und Bürokratieabbau sowie mehr Autonomie für Schulen und einen Rechtsanspruch für Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag.

Die europäische Dimension dieser Themen wurde im Wahlkampf eher vernachlässigt und in Konfrontationen der Spitzenkandidat:innen selten aufgegriffen. Lediglich die NEOS betonten die Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit, während die FPÖ die EU als [Feindbild](#) skizzierte, das „immer mehr Kompetenzen an sich reiße und die Souveränität der Mitgliedsländer aushöhle, mit dem Ziel eines aus Brüssel zentral regierten Superstaates.“

Schon bei der [Europawahl](#) am 9. Juni 2024 wurde die FPÖ mit 25,4 Prozent erstmals stimmenstärkste Partei vor der ÖVP, die im Gegensatz zu anderen Mitgliedsparteien der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP) starke Verluste hinnehmen musste. Die Themenlage war ähnlich wie bei der Nationalratswahl. Insbesondere Sicherheit, Asyl und Migration sowie die Teuerung standen auch hier im Vordergrund, was sich letztlich im Stimmenzuwachs für die FPÖ widerspiegelte. Die Europawahl wird in Österreich nach wie vor als Wahl zweiter Ordnung gesehen, wofür auch die relativ niedrige Wahlbeteiligung spricht – dieses Mal waren es 56,3 Prozent. Das Wahlergebnis wurde von einigen als einmaliger Protest, von anderen als Blaupause für die Nationalratswahl interpretiert. Letztere sollten in ihrer Analyse recht behalten.

Nächste Schritte mit Blick auf die Regierungsbildung

Wie prognostiziert, gewann die FPÖ die [Nationalratswahl vom 29. September 2024](#) mit 28,8 Prozent (57 Mandate) und damit erstmals eine bundesweite Wahl seit 1945. Die ÖVP musste herbe Verluste einstecken und

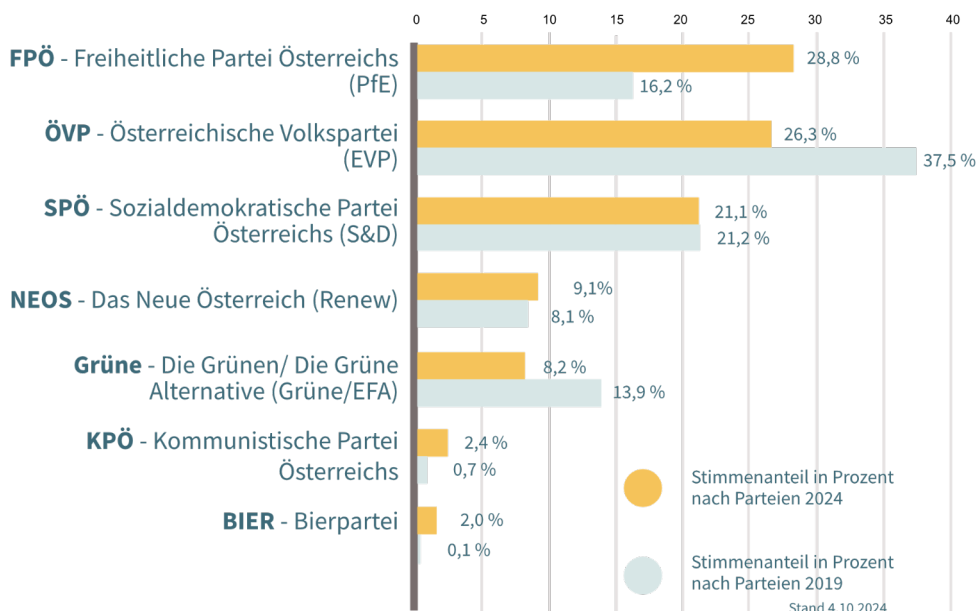
landete mit 26,3 Prozent (51 Mandate) auf dem zweiten Platz, gefolgt von der SPÖ, die mit leichten Verlusten auf 21,1 Prozent (41 Mandate) kam. Auch die NEOS zählen zu den Gewinner:innen dieser Wahl. Sie erhielten 9,1 Prozent der Stimmen (18 Mandate) und überholten damit die Grünen, die auf 8,2 Prozent (16 Mandate) zurückfielen. Die Wahlbeteiligung lag mit 77,7 Prozent um 2,1 Prozentpunkte höher als 2019.

Nun ist der österreichische Bundespräsident, Alexander Van der Bellen, am Zug. Den Regierungsbildungsauftrag erteilt er üblicherweise der stärksten Partei. In der Vergangenheit ließ Van der Bellen allerdings damit aufgehören, Kickl nicht zwingend mit der Regierungsbildung zu beauftragen, auch wenn die FPÖ stimmenstärkste Partei werde. Nach der Wahl betonte er, dass er bei der Ernennung des Kanzlers und der Minister:innen darauf achten wolle, dass diese nicht an den „[Fundamenten, auf denen wir unseren Wohlstand aufgebaut haben](#)“ rütteln. Dazu zählen die Menschenrechte und die Unabhängigkeit der Medien genauso wie die [Mitgliedschaft in der EU](#). Da weder ÖVP, SPÖ, NEOS und Grüne mit der FPÖ (unter Kickl) koalieren wollen, beauftragte der Bundespräsident die Vorsitzenden der drei stimmenstärksten Parteien, Gespräche miteinander zu führen. So solle ausgelotet werden, ob die Parteien auch nach der Wahl noch zu ihren Aussagen im Hinblick auf mögliche Koalitionen miteinander stünden.

Die fünf Parlamentsparteien werden sich intern beraten und erste Sondierungsgespräche führen. Im Grunde gibt es zwei realistische Szenarien: Eine Regierung, die die FPÖ einschließt oder eine heterogene Dreierkoalition ohne Beteiligung der FPÖ. Die entscheidende Kraft ist – wie auch in den letzten Jahrzehnten – jedenfalls die ÖVP, da sie sich alle Optionen offenlässt.

Rein rechnerisch möglich wäre eine Koalitionsregierung zwischen FPÖ und ÖVP, die mit 108 von 183 Mandaten eine stabile Mehrheit im Nationalrat hätte. Im Hinblick auf die Wahlprogramme und inhaltlichen Schwerpunkte – insbesondere in den Bereichen Wirtschaft und

Wahlergebnisse *



Sicherheit – gibt es auch Überschneidungen. Allerdings hat Nehammer eine Zusammenarbeit mit Kickl bis dato dezidiert ausgeschlossen, obwohl sich die ÖVP mit der FPÖ generell schon eine Koalitionsregierung vorstellen könnte. So bezeichnete Nehammer Kickl vor der Wahl als „[Sicherheitsrisiko für Österreich](#)“. Auch nach der Wahl bekräftigt er seine Absage an Kickl, da dieser „[an Verschwörungstheorien glaube](#)“. Die siegreiche FPÖ wird ihren Spitzenkandidaten allerdings wahrscheinlich nicht austauschen. Im Zuge der nun beginnenden Gespräche zwischen den Vorsitzenden von FPÖ, ÖVP und SPÖ soll geklärt werden, welche Zusammenarbeit vorstellbar wäre.

Eine Dreierkoalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS (110 Mandate) oder ÖVP, SPÖ und den Grünen (108 Mandate) käme auch auf eine stabile Mehrheit im Nationalrat. Die wahrscheinlichere Variante ist die Dreierkoalition mit den NEOS, da sie zu den Wahlsieger:innen zählen und stets betont haben, für eine „Reformkoalition“ zur Verfügung zu stehen. Weniger wahrscheinlich ist die Variante mit den Grünen, die deutlich an Stimmen verloren haben und mit der ÖVP überdies weniger inhaltliche Überschneidungen haben als die NEOS – trotz des Versuches, in der letzten Koalitionsregierung „das Beste aus beiden Welten“ umzusetzen. In jedem Fall wäre eine Dreierkoalition ein Novum in der österreichischen Politik.

Europapolitische Implikationen möglicher Koalitionsregierungen

Szenario 1: Koalitionsregierung zwischen FPÖ und ÖVP

Die FPÖ propagiert in ihrem [Wahlprogramm](#) eine „Festung Europa“ und eine Rückholung von Kompetenzen auf nationale Ebene. Sie spricht sich für ein Ende der „EU-Überregulierungswut“ aus und stellt in diesem Zusammenhang sowohl den „wohlstandszersetzenden“ Green Deal als auch die Zuständigkeiten des Europäischen Gerichtshofs infrage. Darüber hinaus lehnt sie u.a. die „Schulden- und Kapitalunion“, den EU-Asyl- und Migrationspakt sowie den Digital Services Act ab. Österreich solle seinen EU-Mitgliedsbeitrag künftig nur dann in voller Höhe zahlen, wenn die EU auch ihre Aufgaben erfülle. Die österreichischen Zahlungen an die EU-Friedensfazilität, im Rahmen derer z.B. die Ukraine mit finanziellen Mitteln unterstützt wird, sollten laut FPÖ-Wahlprogramm komplett eingestellt werden.

Die ÖVP bezeichnet sich traditionell als integrationsfreundlich, setzt dabei aber stark auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips. Sie spricht sich in ihrem [Wahlprogramm](#) ebenfalls für eine EU aus, die sich den „großen Fragen“ widmet und Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit ins Zentrum stellt – ohne „Überregulierung“. In diesem Zusammenhang fordert sie beispielsweise Vorrang für europäische Produkte bei öffentlichen Ausschreibungen. Auch eine graduelle EU-Erweiterung mit Schwerpunkt auf dem Westbalkan steht im Wahlprogramm. Darüber hinaus drängt sie auf Haushaltsdisziplin beim künftigen mehrjährigen Finanzrahmen der EU und setzt auf eine strenge Linie bei Sicherheit und Migration – eine Haltung, die ÖVP-Mitglied Magnus Brunner als wahrscheinlicher EU-Kommissar

für Migration und Inneres durch einen Fokus auf [EU-Außengrenzschutz](#), eine Entlastung der EU-Mitgliedstaaten, die viele Asylanträge bearbeiten, sowie eine bessere Zusammenarbeit im Kampf gegen irreguläre Migration umsetzen will.

Im Falle eines FPÖ-Bundeskanzlers könnten die Vetomöglichkeiten im Rat der EU bzw. im Europäischen Rat nach dem Vorbild des ungarischen Regierungschefs Viktor Orbán stärker ausgenutzt werden – zumindest wenn es nach der FPÖ geht. Sie fordert dezidiert, dass am Einstimmigkeitsprinzip nicht gerüttelt werden dürfe und dass Österreich sein Vetorecht konsequent nutzen solle. Vorstellbar wäre dies z.B. bei den Finanzhilfen der EU für die Ukraine oder den Sanktionen gegen Russland, die die FPÖ ablehnt. Aber auch bei den Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen könnte die FPÖ sich querlegen, spricht sie sich doch vehement gegen eine Erhöhung des EU-Budgets und insbesondere des österreichischen Mitgliedsbeitrages aus.

Szenario 2: Koalitionsregierung zwischen ÖVP, SPÖ & NEOS

Im [Wahlprogramm](#) der SPÖ, das das Bild Österreichs als „wichtigen Player“ auf EU-Ebene zeichnet, werden insbesondere Wirtschaft und Soziales in Bezug zueinander gesetzt. Dementsprechend sei eine Neuausrichtung der EU nötig: Nicht mehr Profitmaximierung und Wettbewerb, sondern die Verbesserung der Lebensbedingungen der Europäer:innen sollten im Zentrum stehen. Dafür müssten die EU-Verträge um ein soziales Fortschrittsprotokoll ergänzt werden. Darüber hinaus fordert die SPÖ einen Investitionsplan für den grünen und digitalen Wandel, eine Umsetzung der Mindestlohnrichtlinie sowie eine aktive und vorausschauende EU-Industriepolitik. Das EU-Freihandelsabkommen Mercosur hingegen lehnt die Partei ab.

Die NEOS wiederum skizzieren in ihrem [Wahlprogramm](#) den Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa – mit einer EU-Armee, transnationalen Listen im EU-Parlament und der Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip. Sie sprechen sich sowohl für eine Stärkung des EU-Parlaments als auch für eine Verkleinerung der EU-Kommission aus. Der Europäische Auswärtige Dienst sollte mit einem: einer echten Außenminister:in mit Entscheidungsspielraum besetzt und die europäische Souveränität in einer „volatilen, multipolaren Welt“ gestärkt werden. Es brauche u.a. eine Deregulierungsoffensive für den Binnenmarkt, eine Stärkung des Industriestandortes Europa und effektive Instrumente zur Ahndung von Verletzungen der EU-Grundwerte.

Sollte es zu einer Zusammenarbeit dieser drei Parteien kommen, ist nicht davon auszugehen, dass sich an der Position Österreichs in der EU bzw. dem österreichischem Stimmverhalten im Europäischen Rat sehr viel ändern wird. Die ÖVP war bislang Teil jeder Bundesregierung seit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 und steht generell für einen pro-europäischen Kurs. Die SPÖ und die NEOS würden wohl entsprechend ihrem Gewicht in der Bundesregierung und den jeweiligen Minister:innenposten versuchen, im Rat der EU Akzente in ihrem Sinne zu setzen, möglicherweise in den Bereichen Soziales und Bildung.

Über die Autorin

Johanna Edthofer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektmanagerin an der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik.

Über den EU Wahlmonitor

Der EU-Wahlmonitor des IEP begleitet und beleuchtet die innereuropäischen Wahlen mit Factsheets, Hintergrundinformationen, Kurzinterviews und Wahlanalysen. Das IEP fördert damit die transnationale Debatte zu europapolitischen Themen.

Über das IEP

Das IEP ist seit 1959 als gemeinnütziger Verein im Bereich der europäischen Integration tätig. Es ist eines der führenden Forschungsinstitute für Außen- und Europapolitik in Deutschland. Das IEP arbeitet an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Verwaltung und politischer Bildung. Die in dieser Publikation geäußerten Meinungen sind die des Autors/der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten des IEP wider.

Editor:innen

Prof. Dr. Funda Tekin

Redaktion

Dr. Johanna Hase

Layout

Julia Winter, Laura Worsch, Eva-Marie Mall

ISSN: 2941-0088

Dieser Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung - nicht kommerziell - keine Bearbeitungen 4.0 International.

Unterstützt durch:



iep

Institut für Europäische Politik e. V.
Bundesallee 23
10717 Berlin

info@iep-berlin.de
www.iep-berlin.de

